



# Rathaus-Report

Sonderausgabe\_August\_2008

## Sonderausgabe 100 Tage schwarz-grün: “Da war noch nix!”

100 Tage nach Antritt des schwarz-grünen Senats macht sich weitgehend Ernüchterung breit. Die aktuelle Debatte über Geheimabsprachen jenseits des Koalitionsvertrages bringt den konservativen Senat schon nach 100 Tagen politisch in Bedrängnis. Über seine Leistungen kann man noch nicht viel sagen. Denn er hat noch nichts geleistet. Bei den bisher erzielten Kompromissen zwischen CDU-Konservatismus einerseits und grünen Träumereien andererseits ist meist Murks herausgekommen. Vielsagend ist, dass sich Bürgermeister von Beust nicht zu einer Bewertung der ersten 100 Tage seines Senats hat durchringen können.

Schwarz-Grün hat von seiner Faszination schon in den ersten 100 Tagen viel verloren. Von einem Modellprojekt für andere Länder oder gar den Bund redet niemand mehr. In Hamburg liegen CDU und GAL in wichtigen Ressorts weit auseinander – etwa in der Schul-, Wirtschafts- und Innenpolitik. Schwarz und Grün lösen politische

Widersprüche nicht auf. Sie kleistern sie zu. Zustande gekommen sind faule Kompromisse, mit denen niemand wirklich zufrieden sein kann und die die Stadt nicht voranbringen.

Die Aufdeckung von Nebenabsprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages bringt den Senat zudem in eine Glaubwürdigkeitskrise: Bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages durch Bürgermeister von Beust, CDU-Chef Freytag sowie GAL-Fraktionschefin Goetsch und GAL-Landeschefin Hajduk ist unmissverständlich erklärt worden, es gebe neben dem Koalitionsvertrag keine weiteren Absprachen. Diese Aussage glaubt jetzt niemand mehr. Es wäre ein Skandal, wenn Schwarz-Grün mit einer faustdicken Lüge in die Legislaturperiode gestartet wäre. Und vieles spricht dafür. Hier müssen sich die Spitzen von CDU und GAL unmissverständlich äußern. Auf einen Hamburger Senat muss man sich verlassen können.

## Inhalt

Titel: 100 Tage schwarz-grün	1
100 Tage SchwarzGrün	1-3
Pressespiegel	2
Kohlekraftwerk Moorburg	3
Geheimabsprachen	3-4
Termine	4



**Herausgeber:**  
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion  
in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst  
Redaktion: Agnes Hiller, Christoph Holstein  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25  
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35  
E-Mail: [info@spd-fraktion-hamburg.de](mailto:info@spd-fraktion-hamburg.de)  
Internet: [www.spd-fraktion-hamburg.de](http://www.spd-fraktion-hamburg.de)

## VERPASSTE CHANCEN

Schwarz-Grün verpasst die Chance, schon zu Beginn der Legislaturperiode Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. In der Sozialpolitik gibt es keinerlei Bereitschaft, der sozialen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken, für den Hochschulbesuch werden weitere Studiengebühren kassiert. In Bildungs- und Hochschulpolitik bleibt es dabei, dass die Bildungschancen von Kindern und jungen Leuten vom Portemonnaie der Eltern abhängen. CDU und GAL haben versäumt, durch das Streichen von Bildungsgebühren einen Kurswechsel im gesamten Bereich der Bildungspolitik vorzunehmen.

Bei größeren Projekten zeigt sich der schwarz-grüne Senat unentschlossen und überfordert: Etwa beim Gezerre um die Ausrichtung der Universiade oder den laufenden Streit um den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg. Bei letzterem hat sich die schwarz-grüne Politik vor einer Entscheidung gedrückt und die Verantwortung auf die Justiz abgeschoben. Regieren sieht anders aus.

In der Schulpolitik steht der Senat schon jetzt unter Druck. Die Einführung der Primarschulen gehört zu einer Reihe von Versprechungen, von denen niemand weiß, wann und vor allen wie sie umgesetzt werden sollen – von der Finanzierung ganz zu schweigen. In der Bildungspolitik ist es wichtig, Eltern und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler auf dem Reformprozess mitzunehmen. Senatorin Goetsch aber greift zur Brechstange und führt in Hamburg eine Primarschule ein, die in Berlin

## PRESSESPIEGEL

*“Regenbogenfahne und sonst nichts? 100 Tage Schwarz-Grün in Hamburg: Viele Ankündigungen, wenige Taten”* Schweriner Volkszeitung vom 14.08.2008

*“100 Tage Schwarz-Grün in Hamburg. Identitätsverlust der CDU”* Die Welt vom 14.08.2008

*“In der Finanzpolitik bahnt sich ein neuer großer Ausverkauf öffentlicher Unternehmen und Immobilien an, während Steuerhinterzieher und Schwerreiche geschont werden.”* *“Für mich ist das schwarze Politik in grünem Lack.”* Ver.di - Landeschef Wolfgang Rose in Die Welt vom 14.08.2008

*“Senatoren gaben 785.000 Euro für ihre eigenen Büros aus.”* Hamburger Abendblatt vom 14.08.2008

*“Geheime Absprachen bringen Senat in Turbulenzen. Erste Behörde gibt Existenz des brisanten Vermerks zu - Betroffenes Möbelhaus Höffner droht Stadt mit Schadensersatz-Klage.”* Die Welt vom 14.08.2008

*“Anschlag auf SPD-Politiker: Polizei war gewarnt.”* Hamburger Abendblatt vom 14.08.2008

*“100 tage Schwarz-grün: Jetzt beginnt der Ärger. Erste Bilanz: Die Koalition bejubelt sich selbst / Doch hinter der Fassade rumort es bereits”* Hamburger Morgenpost vom 12.08.2008

*“Stadt verschenkt Schulden. neuer schwarz-grüner Haushaltstrick: Der städtische Baukonzern Saga bekommt alle Hamburger Schulen geschenkt und saniert sie auf Pump. Die Stadt macht so offiziell keine neuen Schulden.”* die tageszeitung vom 9.08.2008

*“Ende der schwarz-grünen Flitterwochen. Nach der üblichen Schonfrist drohen Wirtschaft und Union der CDU-Grünen-Koalition in Hamburg mit einem heißen Herbst. Nach der Sommerpause stehen ernste Konflikte an: Über die Schulpolitik, den haushalt und das Steinkohlekraftwerk Moorburg.”* die tageszeitung vom 11.08.2008

gerade erst gescheitert ist. Es ist ein „Skandal“ dass Schwarz-Grün den Elternwillen abschafft. Eltern sollen nach dem Wunsch von CDU und GAL keinen Einfluss mehr auf die Wahl der weiterführenden Schulform haben. Damit provozieren Herr von Beust und Frau Goetsch Widerstand der Eltern und fügen der richtigen Idee vom längeren gemeinsamen Lernen Schaden zu.

## UNSOLEDE FINANZPOLITIK

Es ist bemerkenswert, dass die Koalitionäre „in Windeseile“ zentrale Versprechen über Bord geworfen haben. So etwa die vom Bürgermeister als „nicht verhandelbare“ Aussage, es dürften keine neuen Schulden gemacht werden. In Wirklichkeit weiß mittlerweile jeder, wie es um den Haushalt bestellt ist. Die Steuereinnahmen sprudeln, doch Finanzsenator Freytag ist es nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Stattdessen verscherbelt er das Tafelsilber der Stadt. Das ist das Gegenteil von solider Finanzpolitik. Wenn der Bürgermeister jetzt über Steuererhöhungen nachdenke, zeigt dies in erster Linie eins: Hamburg hat ein Problem mit den Ausgaben, nicht mit den Einnahmen. Schwarz-Grün kommt mit dem Geld nicht aus.

Die SPD-Fraktion erteilt Überlegungen aus der schwarz-grünen Koalition zu Steuererhöhungen eine klare Absage. Bevor die Hamburgerinnen und Hamburger weiter belastet werden, muss der Senat bei seinen Projekten den Rotstift ansetzen. Der Koalitionsvertrag sieht zusätzliche Ausgaben in Höhe von 1,3 Milliarden Euro vor. Davor hat der CDU-Senat Projekte für 800 Millionen Euro beschlossen. Schwarz-



Grün hat also viele Möglichkeiten zu sparen. Die Hamburger Steuerzahler dürfen nicht für fragwürdige politische Experimente zur Kasse gebeten werden.

Besorgnis erregend ist auch die zukünftige finanzielle Absicherung des Hamburger Hafens. Bisher gab es Einigkeit unter den großen Parteien, dass alles für die Konkurrenzfähigkeit des Hamburger Hafen getan werden muss. Nun wird in CDU und GAL überlegt, die Investitionen in den Hafen zurück zu fahren. Hier setzt die CDU um des Koalitionsfriedens Willen die Zukunft des zentralen Wirtschaftsfaktors in Hamburg auf Spiel.

### SACHLICHE UND HARTE POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG

Die SPD-Fraktion wird eine harte und sachliche Auseinandersetzung mit Schwarz-Grün führen. Wir werden die Arbeit von Schwarz-Grün nüchtern und sachlich bewerten und Richtiges richtig nennen und Falsches falsch. Mit den anstehenden Haushaltsberatungen wird die Öffentlichkeit endlich erfahren, in welchem Zustand sich die Hamburger Staatsfinanzen befinden. Die Öffentlichkeit wird dann auch erfahren, welche Pläne und Ankündigungen von Schwarz-Grün in der Versenkung verschwinden werden.

Schwerpunkte der politischen Arbeit der SPD-Fraktion werden die Haushalts- und Schulpolitik sowie der Kampf gegen die fortschreitende soziale Spaltung der Stadt sein. Die neue und wesentlich jüngere SPD-Fraktion hat in der schwarz-grünen Legislaturperiode schnell Tritt gefasst. Es ist uns gelungen, zum Beispiel in den wichtigen Ressorts Haushalt, Schule und Justiz neue Abgeordnete zu positionieren, die sich auf Augenhöhe mit den Senatorinnen und Senatoren auseinandersetzen können.

## Kohlekraftwerk Moorburg: Welche Rolle spielte der Bürgermeister?

Hat der Erste Bürgermeister Einfluss auf die Genehmigungsbehörde genommen? Laut interner Unterlagen war die Umweltbehörde im Frühjahr 2007 zu dem Schluss gelangt, das Kraftwerk nicht in der beantragten Form genehmigen zu können. Kurz darauf hat die Behörde ihre Meinung geändert. Es ist nicht auszuschließen, dass die Spitze des Senats in das

Verfahren eingegriffen hat. Vom Bürgermeister ist bekannt, dass er den Bau dieses Kraftwerks bislang befürwortet hat.

Aus internen Unterlagen vom April 2007 geht die Auffassung der Umweltbehörde hervor, dass „dem Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis aus Sicht des Gewässerschutzes nicht zugestimmt werden kann.“ Es lägen Versagensgründe vor, die nicht durch Auflagen oder Maßnahmen verhütet oder ausgeglichen werden könnten. Danach wäre „eine Weiterführung des gesamten Genehmigungsverfahrens in Frage gestellt“.

Nach einem Gespräch im Mai 2007 zwischen Vertretern der Behörde und Vattenfall soll nun als Ergebnis festgestellt worden sein, dass die ursprünglichen wasserrechtlichen Bedenken der Behörde nun ausgeräumt worden seien.

Dieser kurzfristige Sinneswandel der Fachbehörde wirft Fragen auf. Die SPD-Fraktion bezweifelt, dass dieser Richtungswechsel aufgrund neuer Erkenntnisse zustande gekommen ist und fordert den Senat auf, die Hintergründe offen zu legen.

## Weitere Geheimabsprachen? Der Senat verweigert die Aussage

Der Senat hat Parlament und Öffentlichkeit gegenüber Aussagen über mögliche weitere Absprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages verweigert. Der Senat nährt mit seiner Aussageverweigerung den Verdacht, dass es auch in anderen, zwischen CDU und GAL strittigen Punkten geheime Nebenabsprachen gebe, etwa um den Bau des Kraftwerks Moorburg. Der Senat ist ganz offensichtlich nicht in der Lage, diesen Verdacht auszuräumen. Sein Schweigen sagt viel. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird Akteneinsicht zum Fall „Möbelhaus Höffner“ beantragen.

In einer Anfrage hatte SPD-Fraktionschef Michael Neumann gefragt, ob es neben den – vom Senat mittlerweile eingestandenen – Geheimabsprachen über die Ansiedlung des Möbelhauses Höffner hinaus weitere geheime mündliche oder schriftliche Nebenabreden zu anderen Themen gibt. Die Antwort des Senats: „Der Senat äußert sich nicht zu – außerhalb seines Verant-



wortungsbereichs liegenden - Angelegenheiten politischer Parteien.“

Diese Argumentation ist „in hohem Maße fragwürdig“, schließlich hat Bürgermeister von Beust aktiv – und nicht als einfaches CDU-Parteimitglied – an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen. Früher oder später wird der Bürgermeister auf die Frage nach weiteren Nebenabsprachen antworten müssen.

## Schwarz-Grüne Geheimabsprachen: "Lügen haben kurze Beine"

Im Streit um Geheimabsprachen jenseits des schwarz-grünen Koalitionsvertrages zur möglichen Ansiedlung des Höffner-Möbelhauses in Eidelstedt rutscht der Senat in eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise. Nach tagelangem Leugnen hat der Senat die Existenz von Nebenabsprachen eingeräumt. Die Tageszeitung "Die Welt" hatte im August erstmals über Nebenabsprachen berichtet. Offiziell hat der Senat die Berichterstattung zurückgewiesen.

Mit seiner Stellungnahme räumt der Senat jetzt ein: Er hat öffentlich die Unwahrheit gesagt. Jetzt steht die Frage im Raum, ob es auch bei anderen politischen Komplexen Geheimabsprachen neben dem Koalitionsvertrag gibt – etwa dem Streit um das Kohlekraftwerk Moorburg. Bürgermeister von Beust, CDU-Landeschef Freytag, GAL-Fraktionschefin Goetsch und die GAL-Landesvorsitzende Hajduk haben die Existenz solcher Absprachen bei der offiziellen Vorstellung des Koalitionsvertrages ausdrücklich verneint. Das Vertrauen insbesondere der Hamburger Wirtschaft in den Senat wird durch das Eingeständnis auf eine erste harte Probe gestellt.

Der Senat ramponiert damit seine Glaubwürdigkeit und fügt sich, der Stadt Hamburg und der Politik allgemein Schaden zu. Diese „Salamitaktik“ ist entlarvend: Erst wird geleugnet, dann wird scheinweise eingeräumt, was nicht mehr zu leugnen ist. Die Wahrheit wird am Ende ans Licht kommen. Der Senat muss die Akten zur Höffner-Ansiedlung auf den Tisch legen.

### TERMINE

- 3./4. September 2008, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 12. September 2008, 16.00 Uhr**, SPD-Hoffest
- 17. September 2008, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 20. September 2008, 10-17.00 Uhr**, Tag der Offenen Tür im Rathaus
- 28. September 2008**, Landtagswahlen Bayern, Kommunalwahlen Brandenburg
- 1. Oktober 2008, 16-18.00 Uhr**, Verkehrsforum mit Wolfgang Tiefensee
- 3. Oktober 2008**, Tag der Deutschen Einheit
- 30. Oktober 2008, 19.00 Uhr**, "Kunst in der Fraktion" mit Oliver Kornblum

### Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

### Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Hamburger Rathaus (3. Stock)  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35  
Email: info@spd-fraktion-hamburg.de